

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib-
Tageblatt Riesa.
Herausg. Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Postkontor:
Dresden 1830.
Stroßf. Nr. 22.
Riesa Nr. 22.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 201.

Freitag, 29. August 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligte Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Lieferanten oder der Verlegeranstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Wahlrecht und Wahlpflicht.

Was bezwecken die Nichtwähler und Gleichgültigen?
Der zweite Satz des ersten Artikels der Reichsverfassung, der besagt, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, enthält schon unausgesprochen eines der Hauptrechte, die dem deutschen Staatsbürger zustehen, das Recht der Beteiligung an den Wahlen zu den Parlamenten und übrigen Volksvertretungen.
Es mag im bürgerlichen Leben manchmal ein Zug von Großzügigkeit und Menschenfreundlichkeit sein, wenn man freiwillig auf Rechte, die einem zustehen, verzichtet. So wird der Schuldner es dem Gläubiger nicht abnehmen, wenn er freiwillig einigt und den unbegleiteten Wechsel nicht zu Protest gehen läßt. Oder wenn der Hauswirt darauf verzichtet, die rückständige Miete durch Pfändung einzutreiben zu lassen. Ein Verzicht auf das Wahlrecht, Stimmhaltung aus Gleichgültigkeit oder Unwissenheit ist aber alles andere als eine Tat geistiger oder moralischer Überlegenheit. Man kann fast soweit gehen, sie als ein Verbrechen am Allgemeinwohl hinzustellen.
Denn das Wahlrecht bedeutet gleichzeitig eine Wahlpflicht. Keiner hat den Anspruch darauf, über die Verhältnisse im Staate großmütig oder jammernd herzugehen, der sich nicht darum kümmert, wie diese Verhältnisse zustande kommen, wer nicht zur Wahlurne geht, um dort durch Abgabe seines Stimmzettels für seine Überzeugung einzutreten.
Sicher, die Wahlpflicht ist nicht juristisch festgelegt. Darum ist aber der moralische Zwang, das Wahlrecht auszuüben, ein um so größerer. Was hält diesen oder jenen vom Wahllokal ab? Gleichgültigkeit? Bequemlichkeit?

In den meisten Fällen rheut der Nichtwähler die klare Entscheidung.
Damit kennzeichnet er sich selbst aber als einen Menschen, der moralisch und geistig nicht weiß, was er soll und will. Wahlenthaltung ist fast immer ein Zeichen von mangelndem Verantwortungsgefühl.
Es ist nicht möglich, sich hierüber dadurch selbst hinwegzusetzen, daß man sich einredet, man habe für seine der um die Stimmen der Wählerschaft kämpfenden Parteien etwas übrig, das keine von ihnen vollständig dem entspricht, was man höchst persönlich in der Politik wünscht und anstrebt.
Man hat die Politik als die „Kunst des Erreichbaren“ bezeichnet. Das ist die beste Entgegnung auf solche unhaltbaren Überlegungen. Ist es wirklich so, daß keine der bestehenden Parteien uns voll und ganz das gibt, was wir selbst anstreben,
dann heißt es eben, das geringere Übel wählen und sich für diejenigen entscheiden, die verhältnismäßig noch am meisten für das eintreten, was wir selbst wollen.
Für die Mehrzahl der unglücklichen Wähler dürfte aber das, was sie politisch erstreben, sich in sehr wenigen Worten zusammenfassen lassen. Sie sehnen sich nach einer ruhigen, friedlichen Entwicklung von Wirtschaft und Staat; sie wollen keine Pöhrzen, sondern Taten; sie wollen keinen unnötigen Klamaul, sondern die zielstrebige Führung besonnener Männer und Frauen. Sie erkennen geordnete, normale Verhältnisse, die für den Einzelnen wie für den Staat eine freie, unbelastete Existenz ermöglichen.
Das sind Punkte, in denen auch die Unentschiedenen und Unsichersten übereinstimmen werden.
Können sie das erreichen, wenn sie der Wahlurne fernbleiben, wenn sie nicht erkennen, daß das Wahlrecht auch eine Wahlpflicht in sich schließt, wenn sie am Wahltag, statt auch ihre Stimme in die Waagschale zu werfen, den Platz denen überlassen, die sich bemühen, mit viel Geschrei und wenig positiven Worten die Macht zu erobern?

Eine Bilanz der Besetzungzeit.

Wiesbaden. Kurz vor der Auflösung des Reichskommissariats für die besetzten Gebiete und der Reichsverwaltung für die besetzten Gebiete werden über diese Behörden Zahlen bekannt, die noch einmal eine Bilanz der Besetzungzeit geben. Noch im Jahre 1929 hatte die Militärbehörde 284 große Gebäudekomplexe beschlagnahmt. Für die Auskattung von Besatzungswohnungen mußten im ganzen 61 000 Zimmerwohnungen im Werte von etwa 120 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Die Reichsverwaltung hatte vor der Räumung für die Besetzung von 112 deutschen Forts, Niederlegung von zwei großen Festungen, 100 Breden und fünf militärischen Betonarbeiten zu sorgen, wofür insgesamt 51 Millionen aufzuwenden waren. Die Entfestigungsarbeiten erforderten gleichzeitig die Entschädigung von etwa 1000 Privatigentümern. Die Leistungen, die von der Reichsbahn für die Besatzungsbehörden gemacht wurden, betrugen etwa vier Milliarden Reichsmark, die der Reichspost etwa 500 Millionen Reichsmark.

Unterzeichnung des deutsch-finnischen Handelsvertrages.

Helsingfors. In den hier geführten deutsch-finnischen Handelsvertragsverhandlungen ist, wie gemeldet, eine Einigung mit der finnischen Regierung zustande gekommen. Das neue Handelsabkommen wurde heute nacht unterzeichnet. Das politisch wichtige und für die deutsche Landwirtschaft wesentliche ist, daß die Zollbindungen für Butter, Käse und Margarine beseitigt werden konnten, ohne daß es darüber zu einem Bruch mit Finnland gekommen ist.
Berlin. (Funkpruch.) Bis zum Erscheinen des finnischen Handelsvertragsverhandlungen ist, wie gemeldet, eine Einigung mit der finnischen Regierung zustande gekommen. Das neue Handelsabkommen wurde heute nacht unterzeichnet. Das politisch wichtige und für die deutsche Landwirtschaft wesentliche ist, daß die Zollbindungen für Butter, Käse und Margarine beseitigt werden konnten, ohne daß es darüber zu einem Bruch mit Finnland gekommen ist.
Die Bedeutung der deutsch-finnischen Zollvereinbarung.
Berlin. (Funkpruch.) Bis zum Erscheinen des finnischen Handelsvertragsverhandlungen ist, wie gemeldet, eine Einigung mit der finnischen Regierung zustande gekommen. Das neue Handelsabkommen wurde heute nacht unterzeichnet. Das politisch wichtige und für die deutsche Landwirtschaft wesentliche ist, daß die Zollbindungen für Butter, Käse und Margarine beseitigt werden konnten, ohne daß es darüber zu einem Bruch mit Finnland gekommen ist.

eine Vereinbarung, die nur ein Teil des neuen Vertrages ist. Die Kündigung würde nur dann wirksam werden und einen vertraglosen Zustand herbeiführen, wenn das neue Abkommen innerhalb der dreimonatigen Kündigungsfrist des alten Vertrages nicht ratifiziert würde. Dieser Fall wird in unterrichteten Kreisen für sehr unwahrscheinlich gehalten, vielmehr rechnet man damit, daß beide Parlamente sich hinter das neue Abkommen stellen. Dann werden also der alte Vertrag und das Zusatzabkommen einfach automatisch fallen. Die Mission des deutschen Unterhändlers Dr. Ritter hat demnach den Erfolg gehabt, daß das Handelsvertragsverhältnis zwischen Deutschland und Finnland durch eine freundschaftliche Vereinbarung geändert wird. Die Kritik weiter Kreise der deutschen Öffentlichkeit an dem alten Abkommen richtete sich einmal gegen die lange Dauer, die fünf Jahre und für eine wichtige Position, nämlich für Butter, sogar 7 Jahre betrug und dagegen, daß die Zollsätze für Butter und Käse auf diese lange Zeit hinaus nicht geändert werden konnten. Diese langfristige Bindung ist beseitigt und für die Zollkontingente gilt die Regelung außerordentlich begünstigt, zumal sie ohne eine Trübung unseres freundschaftlichen Verhältnisses mit Finnland erreicht wurde.

Die Richtlinien der Reichsregierung.

Als Ergebnis der mehrtägigen Beratungen des Reichskabinetts über letzte finanzielle Reformpläne werden nun amtlich die Grundsätze bekanntgegeben, über die eine Übereinstimmung erzielt worden ist, und nach denen die erforderlichen Gesetzesvorlagen durch die Ressorts ausgearbeitet werden sollen. Man kann sich anlässlich der nunmehr festliegenden Richtlinien für die Arbeit des Kabinetts einer Enttäuschung nicht erwehren. Daß über die bereits im Haushaltsplan 1930 vorgesehene Senkung der Ausgaben hinaus weitere nachhaltige Beträge im nächsten Jahr eingeplant werden müßten, wie es im ersten Punkt der Richtlinien heißt — war auch ohne mehrtägige Kabinettsberatungen klar; ebenso, daß man ein Programm auf weite Sicht für den Wohnungsbau und ländliche Siedlung aufstellen müsse, um einerseits den Arbeitsmarkt zu entlasten, andererseits der Wohnungsnot und der Bombenlast zu steuern. Auch hatte Reichsfinanzminister Dietrich schon vor Wochen angekündigt, daß der Reichshaushalt gegen das Risiko aus der Arbeitslosenhilfe gesichert werden müsse, daß ferner der Finanzausgleich umgestaltet, das Steuerrecht vereinfacht werden müsse. Die weit eine Zusammenarbeit zwischen Reich und Reichsbank eine Bewirtschaftung der Kreditbehörden der öffentlichen Körperschaften unter einheitlichen Gesichtspunkten zwecks Senkung der hohen Zinslasten ermöglichen wird, steht

dahin, dürfte aber auch engste mit der Lösung der übrigen Aufgaben und der Gestaltung der Wirtschaftslage überhaupt zusammenhängen.
Erwartet wurde von der Öffentlichkeit eine unzweideutige Erklärung über die im einzelnen vorgeschlagenen Methoden zur Lösung der vorliegenden, so viel unstrittener Probleme. Man wird bis nach den Wahlen darauf warten müssen. Das mag zwar unannehmlich erscheinen, denn selbstverständlich konnten und dürften die zur Lösung stehenden Fragen nicht allzu eilig und oberflächlich behandelt werden, um bloß noch ein für den Wahlkampf verwendbares Aktionsprogramm zu schaffen. Dann aber hätte man unbefangt auf die Festlegung dieser „Richtlinien“ beruhen sollen, die ebenso unveränderlich, wie nichtswegend sind, und an denen man erkennen kann, daß die Regierung im Kabinettsrat festweg übereinstimmen, denn sonst wären doch wohl etwas mehr klare Formulierungen zu erwarten gewesen.
So werden die Wahlen noch unter dem Eindruck dieses etwas nebelhaften Programms vor sich gehen und man wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß es der Regierung sehr schwer werden wird, an den Richtlinien festzuhalten, die sie jetzt veröffentlicht hat, weil sie die hochgepöhlten Erwartungen ihrer Wählerschaft nicht allzu bitter enttäuschen wollte.

Reichsanzler Brüning in München.

München. (Funkpruch.) Reichsanzler Dr. Brüning traf heute vormittag um 9 Uhr 44 in Begleitung des Staatssekretärs in der Reichsanlei Dr. Pänder und des Regierungsrats Mann in München ein. Zu seinem Empfang hatten sich im Auftrag der bayerischen Staatsregierung Polizeipräsident Koch, für die Vertretung der Reichsregierung Regierungsrat Krebs und für die Landesparteiliste der bayerischen Volkspartei der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Oberregierungsrat Schäffer, und Generalsekretär Dr. Pfeiffer eingefunden.
Im Laufe des Vormittags stattete der Reichsanzler in Begleitung von Staatssekretär Pänder u. a. dem bayerischen Rangius Bassalo di Torregrossa und Kardinal-Erzbischof Dr. von Faulhaber Besuche ab.
Der Reichsanzler begab sich darauf mit den Herren seiner Begleitung zum bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Geil, um bei seiner ersten amtlichen Anwesenheit in München der bayerischen Staatsregierung einen offiziellen Besuch abzustatten. Im Anschluß an den Besuch, der Gelegenheit zu einer längeren politischen Aussprache gab, folgte der Reichsanzler mit den Herren seiner Begleitung einer Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten zu einem Frühstück im Palais Freytag.

Die Durchführung der neuen Gemeindesteuern.

Berlin. Der Reichsrat stimmte am Donnerstag den Durchführungsbestimmungen für Gemeindebesitzsteuer, Gemeindebesitzsteuer und Bürgersteuer zu. Die neue Verordnung stellt u. a. klar, daß die Erhebung der Gemeindebesitzsteuer nur zulässig ist, wenn die Bürgersteuer bereits erhoben wird. Die Bürgersteuer wird abhängig gemacht vom Wohnort. Die in mehreren Gemeinden einen Wohnort hat, ist in jeder dieser Gemeinden steuerpflichtig. Klosterwohnungen werden von der Steuer befreit. Der Landesrat der Bürgersteuer kann nur für alle Gemeinden einheitlich festgelegt werden. Die Bürgersteuer wird bis zum 1. Januar und 10. März 1931.

Berhandlungsbeginn über den Preisabbau.

Berlin. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats trat heute zusammen, um auf der Grundlage des Schreibens des Reichswirtschaftsministers vom 22. August an den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat seine Verhandlungen über die Fragen der Preisbindungen aufzunehmen. Nach längerer Aussprache wurden zwei Arbeitsausschüsse mit je 12 Mitgliedern gebildet, von denen der erste Ausschuss zuerst die Fragen der Baustoffe und sodann die Fragen von Rohle, Holz, Eisen, Treibstoffe, Düngemitteln und anderen, der zweite Ausschuss die Preisprobleme der Warenartikel unter Heranziehung von Sachverständigen und Interessenten behandeln soll. Die Ausschüsse werden sofort ihre Arbeiten aufnehmen und mit größter Beschleunigung durchführen.
14 Todesopfer bei einem Schiffszusammenstoß.
Newport. Bei Coney Island lief der Dampfer "Nesher" mit einem Fallschlepper zusammen. Beide Schiffe sanken sofort. Der Kapitän und dreizehn Mann der Besatzung der "Nesher" ertranken. Die übrigen Verunglückten konnten von Rettungsbooten aufgefischt werden.